

# Staatsstreich in Zeitlupe Österreichs Entführung nach "Europa"

Andreas van de Kamp

Wien, 2014

## 5. KAPITEL: WUT UND PLANWIRTSCHAFT

*„Der Euro macht deutsche Politiker glauben, ihre Nase dauernd in die Angelegenheiten anderer Länder stecken zu müssen. Kein Wunder, dass die deutsch-französischen Beziehungen stimmungsmäßig auf einem Tiefpunkt angekommen sind und Kanzlerin Merkel bei ihrem letzten Besuch in Athen von 7.000 Polizisten beschützt werden musste.“ Hans-Olaf Henkel*

Noch fliegen in Europa nicht Gewehrketten und Granaten, sondern nur bittere Worte - und gelegentlich Kaffeebecher, wie der deutsche Generalkonsul in Thessaloniki erleben musste: Drei griechische Beamte hatten einen Bürgermeisterkongress zum Anlass genommen, um die Vertreter jener Macht ins Visier zu nehmen, die ihrer Meinung nach für die Entlassungswellen im öffentlichen Dienst verantwortlich ist. Am Tag davor hatte eine Bemerkung eines deutschen Beamten über die niedrige Produktivität seiner griechischen Kollegen für böses Blut gesorgt.

Und als Angela Merkel Athen besuchte, demonstrierten Zehntausende gegen sie, die die Medien schon seit Monaten zum nationalen Feindbild hochstilisierten. Die Politikerin musste mit bis dahin beispiellosen Sicherheitsvorkehrungen geschützt werden.

Als die deutsche Kanzlerin dann nach Lissabon reiste, verhüllten Aktivisten die Denkmäler mit Trauerflaggen, weil Deutschland „einen Feldzug gegen die Länder Südeuropas führt“, wie ein portugiesischer Gewerkschafter meinte.

Das sahen auch viele Zyprioten ähnlich, deren Banken ein halbes Jahr später vom EU-Rettungsschirm vor der Pleite bewahrt wurden. Als „Eigenleistung“ sollten zuerst alle Kontoinhaber auf der Mittelmeerinsel zwischen sieben und zehn Prozent opfern - was angesichts der bestehenden Garantie für kleinere Guthaben einen Präzedenzfall von enormer Tragweite geschaffen hätte. Immerhin mussten seit 2011 sämtliche EU-Bankguthaben bis zu einem Wert von 100.000 Euro abgesichert sein.<sup>1</sup>

Die vom Einlagenklau bedrohten Zyprioten beschuldigten sofort „die Deutschen“. „Wir kaufen keine deutschen Produkte mehr, auch keinen Mercedes“, rief eine Demonstrantin, die einen solchen wahrscheinlich noch nie von innen gesehen hatte. Schon sah sie sich mitten in einem „neuen Weltkrieg“. „Ganz Europa wird sich gegen dieses Unrecht auflehnen, das uns widerfährt. Wir wollen nicht die Sklaven der Deutschen werden.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-10-318\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-10-318_en.htm?locale=en)

<sup>2</sup>

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-paketloesung-der-troika-deutschland-hat-den-4-weltkrieg-enftacht/7970178-4.htm>

Die gute Frau mochte zu Übertreibungen neigen und auch der ursprüngliche Vorschlag, auch Kunden mit weniger als 100.000 Euro zur Rasur zu bitten, war nicht mehr als ein Versuchsballon und wurde schnell wieder zurückgezogen. Um die ursprüngliche Rechnung wiederherzustellen, ließen die Euro-Retter die Konten über der Einlagensicherung umso stärker zur Ader. Gut informierte Einleger hatten in den Tagen davor rechtzeitig Wind bekommen und noch im Februar viel Geld abgezogen, auch Russen. Am besten zeigten sich aber Investoren aus der Eurozone informiert, die noch schnell 860 Millionen von den Zypern-Banken holten.<sup>3</sup>

Aber weder die wütende Zypriotin noch die spanischen und portugiesischen Linken lagen falsch, wenn sie in Berlin die treibende Kraft hinter dem Agieren ihrer Regierungen sahen. Dass da aus dem letzten Krieg stammende, angeblich noch nicht beglichene Rechnungen wieder aufgemacht wurden, war nicht überraschend. In den Zeitungen ganz Südeuropas sprossen unter die Nase der deutschen Kanzlerin Hitlerbärtchen.

Während Portugal und Irland dabei waren, Griechenland in die Depression zu folgen, litten Spanien und Italien „nur“ an einer Rezession. Aber alle gaben Deutschland die Schuld an ihrem Leiden. Dieses zwang sie ihrer Meinung nach zu so harten Sparmaßnahmen, dass ihre Wirtschaft keine Chance haben würde, sich zu erholen.

Die bösen Deutschen passte gut ins Weltbild vieler. Und in manchen Fällen waren die Vorwürfe auch berechtigt: Die deutschen Banken hatten tatsächlich von den Krediten profitiert, an deren Folgen die Krisenländer litten, z.B. in Irland. Auch BMW und Mercedes mochten im Kreditboom mehr Autos verkauft haben.

Der Slogan hat nur einen Schönheitsfehler: Jene Deutschen, die vom Boom profitierten, sind nicht die, die für die dabei gemachten Schulden geradestehen sollen.

Die Bundesrepublik garantiert über die Rettungsschirme 26 Prozent an den Hilfgeldern und den Steuerbürgern, die nicht gefragt worden sind, ob sie mit all dem einverstanden sind, macht das Ganze nicht wirklich Spaß.

Die Deutschen „da unten“ fühlen sich nicht als Meister, sondern höchstens als die Zahlmeister Europas. Neben den 190 Milliarden für EFSF und ESM hat Deutschland direkte Kredite an Griechenland vergeben und die Bundesbank hat über das sogenannte Target-2-System eine 600-Milliarden-Forderung gegen die EZB. Dazu kommen eventuell noch ein paar hundert Milliarden künftiger Abschreibungen nicht werthaltiger Wertpapiere in den Banken, und jene Milliarden, die an den Währungsfonds überwiesen werden mussten, sodass das Risiko von 1.000 Milliarden Euro nicht zu hoch gegriffen sein muss.

Auch die deutschen Zeitungen kalkulieren inzwischen mit dem Frust des Publikums. Wenn die Südeuropäer Collagen mit Wehrmachtuniformen und der Merkel als Domina brachten, setzten die deutschen Medien einen groben Klotz auf einen groben Keil. Zum Beispiel das Wochenmagazin „Focus“ mit einer Geschichte über „Betrüger in der Euro-Familie“. Das Cover zeigte eine Venus von Milo, den Inbegriff der hellenistischen Bildhauerkunst. Anders als das Original hatte die „Focus“-Venus aber noch einen intakten rechten Arm, der den Stinkefinger zeigte, natürlich den Griechen.

Es gibt inzwischen auch eine Menge deutsche Wutbürger, die die Südeuropäer pauschal für Faulenzer halten und für die die Abkürzung PIGS (Portugal, Irland, Griechenland, Spanien)

---

<sup>3</sup> <http://www.guardian.co.uk/world/2013/mar/28/cyprus-investors-withdrawing-money-before-crisis>

mehr als ein Gag ist: „Deutschland hat bis heute diese Party finanziert und soll nun auch noch die Aufräumarbeiten bezahlen, nachdem die anderen EU-Länder sturzbesoffen nur noch dummes Zeug lallen“, schreibt einer in einem Internet-Forum und ist mit dieser Sicht garantiert nicht allein.

Die meisten fressen aber ihre Wut in sich hinein oder sind traurig darüber, wie schnell eine große Idee abgewirtschaftet hat. Vor allem aber sind sie auf ihre eigenen Politiker wütend, die die Malaise mit ausgelöst haben (was sie nicht daran gehindert hat, Ende September 2013 die Merkel wieder zu wählen).

Das europäische Council on Foreign Relations hat im Mai 2013 eine Analyse über die Entwicklung der EU-Stimmung in den vergangenen fünf Jahren angestellt und dabei die wenig überraschende Diagnose gestellt, dass sich alle Seiten ungerecht behandelt fühlen: „Beinahe alle Europäer sehen sich als Opfer“, sagt José Ignacio Torreblanca vom ECFR. „Sowohl Schuldner als auch Gläubiger empfinden, dass sie die Kontrolle über ihre Handlungsmöglichkeiten verloren haben.“ Die Europamüdigkeit verbreite sich auf dem ganzen Kontinent „wie ein Virus“<sup>4</sup>

Der größte Rückgang beim Vertrauen in die EU war bei Torreblancas Landsleuten in Spanien zu verzeichnen, wo heute 72 Prozent „der EU eher nicht trauen“. 2009 haben ihr noch 56 Prozent vertraut. Ähnlich war die Entwicklung auch Italien und Portugal - und natürlich in Griechenland. Dort war die EU-Stimmung noch schlechter als in Spanien, nur haben die Griechen schon 2007 kein rechtes Zutrauen zur Union mehr gehabt und daher war der Absturz nicht so krass.

Die Regierungen im Süden kämen und gingen und im Norden habe man die Hoffnung verloren, dass die EU in der Lage sei, die Politik im Süden zu kontrollieren. „Wenn unter Souveränität als die Fähigkeit eines Volks verstanden wird, für sein eigenes Land zu entscheiden, fühlt sich weder der Norden noch der Süden souverän“, sagt Torreblanca. „Auf der nationalen Ebene ist ein großer Teil von Demokratie verloren gegangen ohne dass sie auf der europäischen Ebene neu entstanden wäre.“

Dass die Gemeinschaftswährung den Hass zwischen jenen schüren wird, die sie vorgibt zu einen, ist eine alte Prophezeiung, die Kritiker des Euro-Projekts schon vor 15 Jahren gemacht haben - ohne dass ihnen jemand zugehört hätte.

„Heute werfen sich die europäischen Nationen gegenseitig vor, die jeweils andere wolle ihren Nachbarn schädigen. Vor der Einführung des Euro gab es nicht die Spur einer solchen Debatte“, sagt der kürzlich verstorbene Wilhelm Hankel, einer der deutschen Professoren, die Verfassungsklage um Verfassungsklage gegen den Euro einbringen.<sup>5</sup>

Die Kreditgeber und die Schuldner sind für ihn Gefangene in ein- und demselben Gefängnis; der Unterschied zwischen ihnen ist für ihn nur, dass die einen in der Schulden- und die anderen in der Haftungszone einsitzen.

### **Teure Familien-Fete**

Krisen-Europa gleicht einem zu Ende gehenden Familienfest einer weit verzweigten Sippe. Die Sperrstunde ist in Greifweite und der Wirt macht Anstalten zu kassieren - doch die Familien,

---

<sup>4</sup> [http://www.ecfr.eu/publications/summary/the\\_continent\\_wide\\_rise\\_of\\_euroscepticism207](http://www.ecfr.eu/publications/summary/the_continent_wide_rise_of_euroscepticism207)

<sup>5</sup> APA088, 20.6.2010

aus denen sich er Clan zusammensetzt, haben es verabsäumt, sich vorher zu einigen, wer in welchem Ausmaß für die Rechnung aufkommen muss.

Die Verwandten beginnen darüber zu streiten, warum die einen nur so viel und die anderen so viel mehr blechen sollen. Verkompliziert wird die Situation dadurch, dass manche der Meinung sind, dass es ohnedies nicht nötig sei, alles zu bezahlen - schließlich habe man dem Gasthaus in den vergangenen Jahren ohnedies viel Geschäft zukommen lassen; und der Wirt im Nachbardorf hätte es überdies viel billiger gegeben. Um das Durcheinander perfekt zu machen, haben die einen wie die Scheunendrescher zugelangt, während die anderen nur am Salat geknabbert und Mineralwasser genippt haben.

Das Einzige, was in so einer Situation über jeden Zweifel erhaben ist, ist die Tatsache, dass der Wirt sein Geld sehen will.

Wie die unterschiedlichen Sichtweisen in der europäischen Wirklichkeit aussehen, zeigt die Arte-Dokumentation „Staatsgeheimnis Bankenrettung“. Sie hat irische Dorfbewohner gefilmt, wie sie dagegen demonstrieren, für die Kosten der dortigen Bankenrettung aufkommen zu müssen.<sup>6</sup>

Die Iren wollen nicht einsehen, dass sie über die Austeritätspolitik für die Kreditkrise bezahlen sollen und fordern die Gläubiger der Banken auf, sie mögen stattdessen doch ihre Anleihen abschreiben - ganz besonders sie deutschen Geldgeber, die noch vor wenigen Jahren kräftig vom Bauboom auf der Insel profitiert hatten.

In der Doku-Szene sagt ein deutscher Journalist unter Anspielung auf die von den Deutschen garantierten Milliarden zu einer Demonstrantin aus Ballyhea: „Aber die Deutschen denken, sie wären es gewesen, die Irland retten mussten.“

Diese Aussage verblüfft die Dame sichtlich und sie antwortet beschwörend: „Aber es ist umgekehrt! Irland hat Europa gerettet! Irland (= die irische Regierung) hat Garantien übernommen und damit eine Kettenreaktion verhindert. Dafür sollte man uns belohnen und nicht bestrafen!“

Natürlich haben beide Recht und sowohl die Iren als auch die deutschen Steuerzahler werden für die irische Immobilienblase aufkommen müssen - der Staat der ersteren gleich und später einmal die Garantiegeber - sobald sich in Dublin eine politische Kraft durchsetzt, die die aus der irrsinnigen Bankenrettung von 2009 entstandenen 64 Mrd. Euro Schulden endgültig für nichtig erklärt.

In der Zwischenzeit scheint man dort draufgekommen zu sein, dass es noch einen dritten möglichen Zahler gibt - die Zentralbank. Das Problem wurde mit einem komplizierten Deal auf den St. Nimmerleinstag verschoben, indem die Schulden in eine lang laufende Staatsanleihe durch die EZB umgewandelt wurden, deren erste Tilgungszahlung erst 2038 fällig wird.<sup>7</sup> Das bedeutet letztlich, dass die Gesamtheit der Euro-Nutzer über Inflation und vermehrte finanzielle Instabilität für die irische Kreditblase aufkommen muss - ein Verstoß der EZB gegen das ihr auferlegte Verbot der monetären Staatsfinanzierung.

---

<sup>6</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=NXwgsKaLya0>

<sup>7</sup>

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/irland/kommentar-monetare-staatsfinanzierung-in-irland-12060497.html>

Moralisch ist die grüne Insel aber im Recht, nachdem die europäischen Regierungen die Zinsen für Athen auf (praktisch) Null gesetzt haben, um dort ein wenig länger den Schein aufrechterhalten zu können. Warum sollten auch die Iren, die sich von allen Krisenländern noch am besten halten, schlechter behandelt werden als die Griechen?

Eigentlich hätten die Iren ja "ein zweites Rettungspaket benötigt", schreibt die FAZ. "Aber das wollten 'Euro-Retter' wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble um jeden Preis vermeiden, um die Legende vom irischen Erfolg aufrechtzuerhalten."

Nationale Rechnungen und Gegenrechnungen wie diese werden heute auf dem ganzen Kontinent aufgemacht und nicht immer ist die Tonalität der Begleitmusik so zivilisiert wie in der Arte-Dokumentation. Für die Leute in Spanien oder Portugal, deren erwachsene Kinder wieder daheim eingezogen sind, weil sie keinen Job finden, geht es beileibe nicht um abstrakte Kalkulationen oder Spielgeld. Da Gleiche gilt aber auch für die Deutschen, die an einem Tag in der Zeitung lesen, dass der Fiskus noch nie viel eingenommen hat wie heute<sup>8</sup> und am nächsten, dass sie die Gürtel enger schnallen müssten.

Die „proeuropäischen“ politischen Eliten tun derweil so als hätten sie mit den kreuz und quer über den Kontinent fliegenden Abrechnungen nichts zu tun. Wie Eirene, die griechische Göttin des Friedens, schweben sie über der Szene und säuseln: „Ruhe! Eintracht! Solidarität!“

Dabei sind sie selbst es, die dieses wirtschaftliche und moralische Chaos mit zu verantworten haben – manchmal noch von Anfang an und höchstpersönlich.

Sie waren es, die die Grundlagen für die südeuropäische Kreditblase gelegt haben, sie haben sich die angenehmen Seiten des Booms wie ein Federchen an den Hut geheftet und behaupten heute, die wirtschaftliche Zwangsjacke, in die sie „ihre“ Völker gesteckt haben, müsse noch viel enger geschnürt werden.

Ihnen geht es vor allem darum, hinter geschlossenen Türen ausverhandeln zu können, welche Nationen bzw. Gruppen in welchem Ausmaß für die Kosten aufzukommen haben. Haben sie sich über die Lastenteilung erst einmal geeinigt, gehen sie daran, die Ergebnisse vor der jeweiligen heimischen Öffentlichkeit entweder zu verschleiern oder so darzustellen, als sei ihnen ein großer Verhandlungserfolg gelungen.

Ihre Taschenspielertrick können nur solange funktionieren als es keine gemeinsame Öffentlichkeit gibt, die ihnen auf die Finger schauen könnte und die in der Lage wäre, die Version der Hütchenspielerin aus Berlin mit jener der politischen Trickbetrüger von Paris und Madrid zu vergleichen.

Das ist übrigens auch der tiefere Grund, warum die politische Klasse gar nicht an der Entwicklung einer die Sprachbarrieren überwindenden Medienlandschaft interessiert ist. **Solange die als nationalstaatliche Politiker verkleideten Glühenden Europäer mit Beihilfe der „eigenen“ Medien systematisch „ihre“ Öffentlichkeit belügen, ist das Lesen und Verstehen fremdsprachiger Zeitungen eine zutiefst subversive Angelegenheit.**

Beim Feilschen über die Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Gruppen hat eine neue Bürokratenklasse in Kommission, der EZB, ESM ein gewichtiges, wenn nicht gar schon das ausschlaggebende Wort mit zu reden.

---

<sup>8</sup> <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/drittes-quartal-steuereinnahmen-legen-kraeftig-zu/8961038.html>

Im Verein mit den „nationalen“ Politikern bestimmen sie, welche Gruppen in welchem Ausmaß zu den einzelnen Rettungsaktionen beizutragen haben. Es ist das Geheimnis ihrer Macht.

Dabei variiert, wer für die einzelnen Rechnungen herangezogen wird. Meist hängt es von den aktuellen, mehr oder weniger zufälligen Stärkeverhältnissen ab. Einmal sind es die deutschen Steuerzahler, die hauptsächlich zur Kasse gebeten werden, ein zweites Mal die Pensionisten in Portugal und das dritte Mal die Konsumenten und Kreditnehmer im ganzen Währungsraum. Ein durchgängiges Muster ist nur schwer auszunehmen.

Wenn es ein solches gibt, dann ist es das folgende: Diejenigen, die von den vorangegangenen Kreditexzessen profitiert haben und die die verlangten Zinsen eigentlich mit dem Risiko begründen, das sie eingegangen sind, kommen kaum jemals zum Handkuss. Die Begründung dafür ist im Regelfall, dass man Banken nicht für ihre Fehler haften lassen könne, weil sonst gleich das ganze System gefährdet sei. Bemerkenswerterweise hat noch kein Politiker diesen Befund zum Anlass genommen, ein System infrage zu stellen, das die große Mehrheit für die Fehlentscheidungen einiger Weniger in Geiselhaft nimmt.

Stattdessen fragen sich Notenbanker und Finanzpolitiker, ob das vorgeschriebene Eigenkapital nicht vielleicht von sechs auf neun Prozent angehoben werden solle - in einem Kreditsystem, das selbst wenig mehr als legalisierter Betrug ist.

Die Behauptung, dass Finanzinstitutionen vor den Folgen ihrer Fehlinvestitionen geschützt werden müssten, da sonst eine Kettenreaktion ausgelöst und das System zum Kippen gebracht würde, stimmt höchstens im Einzelfall – dort, wo es sich beim gefährdeten Institut tatsächlich um eine systemrelevante Institution mit z.B. einem riesigen Derivatensbuch handelt. Vereinfacht gesprochen: AIG und JP Morgan mögen systemrelevant gewesen sein, die Hypo Kärnten war es wohl nicht. Davon abgesehen gibt es für ein auf Teildeckung ausgerichtetes Bankensystem immer ein beträchtliches allgemeines Risiko.

Die Politiker beschützen auf Kosten der Allgemeinheit nicht nur die Banken, sondern auch eine breite Palette von angegliederten Fonds, Versicherungen und Kapitalanlagegesellschaften. Im Fall von Irland wurden 80 Geldgeber mit europäischen Rettungsmilliarden ausgezahlt ohne dass sie dabei einen Euro verloren hätten.

In der Irland-Doku ist in der 27. Minute in einem kurzen Schwenk die Liste mit diesen Kreditgebern zu sehen, die sich die Filmemacher unter der Hand beschafft hatten. Offiziell durften sie das Papier nicht bekommen, weil es irgendeiner Schweigevorschrift unterliegt: dem Bank-, Amts- oder Staatsgeheimnis.

Diese auch deutschen und österreichischen Finanzhäuser, die den irischen Banken Geld geliehen hatten, haben ihre Milliarden unverzüglich zurückbekommen. Dublin musste sich dafür tief verschulden und präsentierte wiederum seinen Bürgern die Rechnung dafür.

Der Fall Griechenland ist ähnlich gelagert, Gläubiger ist aber nicht die EZB. Die Kreditoren sind die europäischen Staaten und die von diesen garantierten Rettungsfonds. Entweder wird ein Teil der Schulden gestrichen oder die Bedienung der Anleihen wird wie bei den Iren weit in die Zukunft erstreckt. Anders als bei den Iren werden nicht die Nutzer der Währung, sondern Steuerbürger und Sozialempfänger in den Gläubigerstaaten bezahlen.

Geht Griechenland problemlos über die Bühne, wird man Portugal fairerweise auch nicht den Hunden zum Fraß vorwerfen können. Und hat das Modell erst bei den Kleinstaaten seine

Feuertaufe bestanden, steht einer Umsetzung im größeren Maßstab nichts mehr im Weg. Der erste Kandidat ist wohl Italien, das seit zwei Jahrzehnten unter der Last von 120 Prozent Staatsschulden ächzt. Statt wie bei jeder normalen Pleite die Gläubiger und Lieferanten die Verluste tragen zu lassen - also etwa die („systemrelevanten“) italienischen Banken - dürfen dann alle EU-Bürger ihr Scherflein zur Rettung der Gläubiger Italiens beitragen.

Das sind natürlich primär die Steuerzahler großer und/oder reicher Staaten wie die deutschen, französischen oder niederländischen. Aber auch die Slowaken und die Litauer - so die zu diesem Zeitpunkt bereits dabei sind - dürfen die Brieftaschen zücken. Das wird bei den Newcomern aus dem Osten besondere Freude auslösen - wie 2011, als ärmeren Slowaken mit den reicheren Griechen solidarisch sein „durften“ - gegen Wortlaut und den Geist des EU-Vertrags.

Der deutsch-spanische „österreichische“ Ökonom Philipp Bagus hat diesen Mechanismus in einem 2011 veröffentlichten Buch über den Euro<sup>9</sup> eindrücklich beschrieben. Er hat dabei noch gar nicht die erst im Entstehen begriffenen Rettungsfonds im Auge gehabt, sondern die grundsätzliche Konstruktion der Zone mit ihrem regulär erlaubten Defizit von drei Prozent.

Der Euro ist für Bagus ein Paradebeispiel für die sogenannte „Tragödie der Gemeinwirtschaft“<sup>10</sup>. Diese tritt dann ein, wenn öffentliche Güter auf Kosten der Allgemeinheit von einzelnen be- und übernutzt werden. Öffentliche Güter, die allen - und niemandem - gehören wie Gemeindeweiden, Fischschwärme oder eben die gemeinsame europäische Währung.

Lösen kann man das Problem z.B. dadurch, dass sich die Parteien auf Nutzungsbeschränkungen einigen, die freilich die oft schwer durchzusetzen sind.

Noch besser aber ist es, im Vorhinein die Entstehung von Situationen zu vermeiden, die Trittbrettfahrer anziehen wie das Licht die Motten. Auf die beispielhafte Fete umgelegt: Jede Familie sollte idealerweise für sich selbst bezahlen und wenn einzelne der Meinung sind, dass die Sache zu teuer ist und den Aufwand nicht lohnt, müssen sie sich das mit ihrem jeweiligen Familienoberhaupt ausmachen.

Das aber wäre das genaue Gegenteil der Prinzipien, nach denen die heutige Eurozone aufgebaut ist. Unter dem Deckmantel der Solidarität verteilt die illegitime europäische Regierungsklasse nicht nur Lasten um, sondern sorgt mit diesem Verhalten auch dafür, dass es auch in Zukunft immer wieder Akteure geben wird, die mit der Rettung durch die Steuerzahler spekulieren und staatliche Mitesser, die es von Anfang an darauf anlegen, von der Allgemeinheit verköstigt zu werden.

Die Strategie, die Euroland verfolgt, ist ziemlich eindeutig. Euroland agiert wie eine Versicherung, die sich zuletzt - nachdem sich alles theatralische Sträuben und Widerstreben totgelaufen hat - bereiterklärt, für jeden Schadensfall ihrer Versicherungsnehmer aufzukommen.

Dies geht voll zu Lasten ihrer Prämienzahler. Eine solche Geschäftspolitik mag den Verursachern der Schadensfälle (und ihren Gläubigern) zugutekommen, sie kann aber niemals im Interesse jener Prämienzahler sein, die nie oder selten einen Schaden verursachen. Die Zustimmung zu und die Beförderung von dieser Geschäftspolitik ist eine der drei großen Verratshandlungen, die die "Volksparteien" in Deutschland und Österreich gegenüber ihrem "Volk" begehen. Dummerweise besteht in diesem Zwangssystem keine Möglichkeit, die

---

<sup>9</sup> The Tragedy of the Euro, 2011

<sup>10</sup> Ebd., S.77

Assekuranz zu wechseln.

Die EZB ist mit ihren Zins- und Währungsmanipulationen, dem SMP von 2010/11 und ihrem Verhalten gegenüber Irland ein guter Teil des Problems. Sie stellt in dieser seltsamen Versicherung aber nur einen Teil des Managements. Die anderen Vorstandsdirektoren sind die Regierungschefs und Minister der Zone, die z.B. in Sachen Griechenland schlagend ihre Befähigung - oder ihren bösen Willen - unter Beweis gestellt haben.

Mit dem weiter unten geschilderten "Rettungsdesaster"<sup>11</sup> hat dieses Katastrophenmanagement erst die erste Hälfte der gestellten Aufgabe abgearbeitet. Die zweite Hälfte besteht darin, die verursachten Kosten möglichst unauffällig vor der Haustüre der Kostenträger abzuladen bzw. diese über die Jahre und Jahrzehnte so zu verdünnen, dass die Kostenträger - ihre "Arbeitgeber" - nichts bemerken.

Das ist der Hintergrund, warum den Merkels und Faymanns eine bestimmte Ausführung des an sich fix beschlossenen nächsten Griechenland-Pakets nicht behagt. Die Version, die sie ablehnen, ist die mit dem begleitenden Schuldenschnitt, für den die staatlichen Kreditgeber ja erstmals auch offiziell Haare lassen müssten.

Das wollen sie aber auf keinen Fall offen zugeben. Denn es würde bedeuten, dass sie einräumen müssten, dass von ihnen selbst vergebene Kredite abgeschrieben werden müssen - was sie von Anfang an und immer wieder bestritten haben.

Die für sie bessere "Lösung" ist, die ohnedies bereits auf später aufgeschobenen Kredite an "Griechenland" weiter in die Zukunft zu verschieben und sie z.B. in auf 50 Jahre laufende Anleihen zu verwandeln.<sup>12</sup> Bereits heute beläuft sich die Maturität bei den griechischen Krediten auf 30,5 Jahre, der letzte Kredit läuft 2050 aus.<sup>13</sup> Zwischen 2010 und 2103 wurden die Laufzeiten immer weiter ausgedehnt und die Zinsen immer weiter gesenkt.

Das gleicht einem Gläubigern, die einen Kredit für einen Hausbau aufgenommen hat und der von der Bank nun eine Umschuldung auf 50 Jahre mit gleichbleibenden Zinsen und einem großzügigen rückzahlungsfreien Zeitraum bekommt, garniert mit dem beschwichtigenden Hinweis, dass dem Kreditinstitut ja kein Geld entgehe, weil die Urenkel den gepumpten Nominalbetrag auf Heller und Pfennig zurückzahlen würden.

Das ist eine Strategie, die Wirtschaftslobbyisten schon seit langem vorschlagen - ausgerechnet Leute, die ansonsten bei jedem Bagatellbetrag, der auf ihre "Schutzbefohlenen" verschoben werden soll, zu zetern beginnen. Zum Beispiel der österreichische Wirtschaftskammerchef Christoph Leitl.<sup>14</sup> Die Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditgebern sollen nicht formell abgeschrieben, die Rückzahlung aber auf einen Zeitraum von 80 Jahren erstreckt werden, was natürlich einer fast völligen Entwertung dieser Forderungen gleichkommt.<sup>15</sup> Das ist ein Manöver, das selbst aufgeweckte Jugendliche durchschauen, aber das stört weder Leitl noch das österreichische Finanzministerium.

Die griechische Regierung, die 2013 einen sogenannten primären Budgetüberschuss<sup>16</sup> erzielt

---

<sup>11</sup> Siehe nächstes Kapitel

<sup>12</sup> <http://www.acting-man.com/?p=26469>

<sup>13</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/assistance\\_eu\\_ms/greek\\_loan\\_facility/](http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/)

<sup>14</sup> APA 369, 27.11.2012

<sup>15</sup> vgl. APA 243, 16.10.2012

<sup>16</sup> Exklusive Zinszahlungen, Bankenhilfen

hat, glaubt deswegen einen Anspruch auf eine weitere Schuldenrestrukturierung zu haben, weil ihr das im Rahmen der Hilfspakete in Aussicht gestellt worden sei (die ursprünglichen Bedingungen dafür waren dreimal so hoch wie die heutigen).

Das ist ein Drama, das seit 2010 vielleicht ein Dutzend Mal aufgeführt worden ist: Jede einzelne Tranche wurde mit angeblich erreichten Zwischenzielen bzw. bewusst falschen/unrealistischen Zukunftsprognosen begründet - während von einem Hilfsprogramm zum anderen die angeblich so strengen Bedingungen gelockert wurden. Gleiches passierte mit den EFSF-Geldern praktisch aller Kreditnehmer, deren Rückzahlungen um Jahrzehnte erstreckt wurden. Den Nachteil daraus haben die Kredit- und Garantieländer - ohne dass die Griechen - die echten: die mit einer Nase und zwei Ohren - einen Vorteil daraus ziehen würden.

Selbst heute, 2014, ist der Saal, in dem die verrückte europäische Familienfete stattgefunden hat, noch lange nicht aufgeräumt. Athen ist nur die Spitze des Eisbergs. Weder Griechenland noch die anderen EU-Südstaaten befinden sich auf dem Weg zur Besserung. Auch die anderen sind praktisch pleite und benötigen laufend frisches Geld, um ihre Tilgungszahlungen leisten zu können und auch sonst nicht illiquid zu werden.

Lediglich ein Faktor hat sich seit 2010/11 verändert: die Zinsen der Staatsschulden haben sich auf mysteriöse Weise halbiert oder gar gedrittelt.<sup>17</sup>

Den Zeitungen wird das als die Geschichte einer erfolgreichen Heilung verkauft: "Das Land X.Y. hat das Kreditprogramm verlassen und finanziert sich am Kapitalmarkt."

Die sinkenden Zinsen bedeuten aber weder, dass die neu aufgenommenen Schulden abgetragen worden, noch dass sich die Kosten der Krise in Luft aufgelöst hätten. Für diese dürfen heute nicht allein die Steuerzahler, sondern auch Sparbuchbesitzer und Transferbezieher der Eurozone aufkommen.

### **Streckbank und Daumenschrauben**

Die Schäden, die bei der Niedrigzinsorgie entstanden sind, haben zwar einzelne Gäste verursacht, die in besonderem Ausmaß über die Stränge geschlagen haben - die größere Verantwortung tragen aber diejenigen, die die Fete organisiert haben.

Diese haben nicht einfach unzureichend geplant, sondern waren sich von Anfang an bewusst, dass die Sache wahrscheinlich im Chaos enden würde. Sie haben sich davon aber nicht beirren lassen weil sie erkannt haben, dass die Fete gar nicht hätte stattfinden können, wenn man verantwortungsvoll planen hätte müssen. Manche glauben sogar, dass das Chaos sogar mit Absicht herbeigeführt worden ist, um ein politisches Ziel zu erreichen – die europäische Zentralisierung.<sup>18</sup>

Wer war der Organisator der Fete, von der die Rede ist? Die EU-Nomenklatura, die sich aus den politischen Klassen der EU-Mitgliedsstaaten speist. Wer einen Vergleich aus dem Mittelalter bevorzugt, kann auch „neuer europäischer Dienstadel“ zu diesen Leuten sagen. Ein solches Sprachbild würde nahelegen, dass es sich bei den Putsch-Politikern und ihrem Anhang gar nicht um die eigentlichen Herren handelt, sondern um bloße Gefolgsleute, die „nicht auf eigene

---

<sup>17</sup> Auf diese Entwicklung geht der Unterabschnitt "Die sinkende Zinsjungfrau" des Folgekapitels ein.

<sup>18</sup> Siehe Kapitel "Die Krisen-Macher"

Rechnung arbeiten".

Die Herausbildung einer neuen übernationalen Herrschaftsklasse, wie sie sich heute in der EU vollzieht, ist ein Schauspiel, das sich nicht in jedem Jahrhundert bietet. Ein solches Drama hat historische Ausmaße, ist im Grund aber nicht besonders schwer zu verstehen. Es gleicht in mancher Hinsicht der Herausbildung der feudalen Herrschaftsklassen vor 1.500 Jahren – passiert nun aber unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Im modernen Zeitalter mag die Existenz einer zentralen politischen Macht noch wichtiger sein als im Zeitalter Karls des Großen.

Schwer zu verstehen scheint die Doppelrolle, die diese künftige Funktionselite spielt. Diese Leute müssen heute auf der Heimatbühne immerhin noch ein national-demokratisches Konflikt-Drama aufführen (wobei sie abseits der Öffentlichkeit ohnedies bereits aushandeln, wer ab wann welche Rolle spielen darf, was für die Öffentlichkeit noch geeignet ist und wo die Grenze zwischen legaler und illegaler Korruption verläuft - weitgehend zumindest.)

Gleichzeitig müssen sie auf der großen Bühne in die Rolle der überzeugten Europäer schlüpfen. Dieses Doppelengagement ist anstrengend und lässt die Darsteller manchmal schizophren aussehen.

Treibende Kraft hinter all dem sind aber nicht die kleinen Ministerialen "in den Herzogtümern und Grafschaften", sondern ein echter Hochadel, der nobel genug ist, um ab und an auch absolut herrschende Regenten zu stellen - in der einen Ecke Europas oder in einer anderen. Wer Schwierigkeiten hat, sich eine solche supranationale Elite vorzustellen, besuche eine Gemäldegalerie mit den Porträts der hohen Aristokratie aus dem 18. Jahrhundert. Dort kann er "Europäer" von echtem Schrot und Korn besichtigen: Französische, deutsche, und ungarische Familien, die keine Franzosen, Deutschen und Ungarn waren und die über Jahrhunderte hinweg untereinander geheiratet und gegeneinander gekämpft haben.

Und wenn sich ein solcher Galeriebesucher noch denken sollte, dass die Herrschaft solcher Gruppen wenigstens gut für die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Völkern gewesen sei, sollte er einen Raum weitergehen. Dort befindet sich der Schlachtersaal mit den Bildern von den ruhmreichen Kämpfen, die die Herren mit den gepuderten Perücken gegeneinander geführt haben.<sup>19</sup>

Eigentlich müssten die heutigen nationalen Eliten in der EU-Integration eine Gefahr für die eigene nationale Macht sehen und dagegen ankämpfen. Sie würden dann wirklich auf eine Weise agieren, wie z.B. EU-Parlamentarier aller Regierungsfractionen behaupten, dass sie es tun.<sup>20</sup> Sie würden sich dann aus Machthunger und Opportunismus einer von unten aufbrandenden mächtigen Flutwelle von europäischen Gefühlen entgegenstemmen und versuchen, aus Eigeninteresse die davon herbeigeführte Entwicklung wenigstens zu verzögern.

Die Wirklichkeit ist aber völlig konträr: Die mächtige Flutwelle, zu deren Sprachrohren sich EU-Parlamentarier machen, entspringt nicht irgendeiner bürgerlichen oder sozialdemokratischen "Basis". Sie entspringt in Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Die einzigen wirklich legitimen

---

<sup>19</sup> Das Paradebeispiel eines solchen echten Europäers war der in Österreich verehrte Prinz Eugen, ein Feldherr im Dienst dreier Habsburger-Kaiser. Eugen, dessen Mutter zeitweise Favoritin Ludwig XIV gewesen war, entstammte der französisch-italienischen Linie Savoyen-Carignan. Eher zufällig heuerte er als Berufsoffizier beim Erzfeind der französischen Bourbonen in Wien an.

<sup>20</sup> „Wir brauchen eine EU-Verträglichkeitsprüfung in der österreichischen Innenpolitik“, ätzt Karas (...) „Die Bundesregierung betreibt keine europäische Politik“, sagt auch Jörg Leichtfried, der die österreichischen Sozialdemokraten im Brüsseler Parlament anführt " Wiener Zeitung, 8.10.2011

"Auftraggeber" der heutigen Regierungspolitiker, die Staatsvölker in den Mitgliedsstaaten, erzeugen keinen solchen Druck. Im Gegenteil.

Die angeblich zu wenig europäisch gesinnten nationalen Regierungspolitiker haben in den vergangenen 15 Jahren im Wesentlichen alles erfüllt, was die sogenannten "Proeuropäer" von ihnen gefordert haben. Nach deren Geschmack haben sie vielleicht zu wenig schnell agiert. Doch wer von den europäistischen Kritikern fair bleiben will, muss einräumen: 15 Jahre sind im großen Gang der Geschichte kein Zeitraum, kaum ein Wimpernschlag. Und in einem solchen Augenblickchen haben die als Nationalisten Geschmähten - wie ich es sehe: widerrechtlich - eine völlig neue Situation geschaffen und die ursprünglichen Rechtsordnungen bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Ist das „uneuropäisch“?

Paradoxerweise geht die größte unmittelbare Gefahr für die Macht der national-übernationalen Politikerklasse von ihrem eigenen "europäistischen Handeln" aus, denn: Eine nationale *classe politique*, die weiß, dass sie noch längere Zeit darauf angewiesen sein wird, von den eigenen Staatsbürgern gewählt zu werden, kaum so agieren wie beispielsweise die griechischen, spanischen oder auch deutschen "Volksparteien".

Dieses Verhalten ist zugegebenermaßen schwer zu erklären. Ein plausibler Erklärungsansatz wäre, dass sich die Akteure in den vergangenen Jahrzehnten auf Gedeih und Verderb an ein ökonomisches Modell<sup>21</sup> gekettet haben, dessen Lebenszeit sich dem Ende nähert. Vielleicht hat die nationale politische Klasse in den Endzeiten des Keynesianismus als europäische Regierungsklasse größere Überlebenschancen. Vielleicht geht es darum, mit vereinten Kräften den Keynesianischen Endpunkt noch einmal zu vertagen und den Karren mit einem etatistischen Modell auf europäischer Ebene doch noch einmal flottzukriegen.

In diese Richtung deutet vieles in der Wirtschaftspolitik der Regierungen und im Agieren der Europäischen Zentralbank. Diese versucht zu kompensieren, was die Regierungen bei Tageslicht nicht tun dürfen und nächstens nicht in der Lage sind. Mit dem Zentralbankensystem, den Rettungsschirmen und den neuen Instrumenten der Bankenunion wird eine neue Schuldenmaschine gebaut worden, die neben der amerikanischen zweite globale.

Wie in den USA dient auch diese der Finanzierung von Staatsausgaben und dem Erzeugen von Inflation sowie der Durchsetzung einer politisch-monetären Zentralgewalt. Doch im Gegensatz zu den Amerikanern steht den Europäern das schlechte Gewissen ins Gesicht geschrieben.

Vielleicht kann eine Schuldenmaschine wie die europäische in der wirklichen Welt gar nicht existieren. Nicht einmal ein paar Jahrzehnte. Vielleicht ist sie ein Unding wie man es auf den Bildern von M. C. Escher sehen kann, der „Realitäten“ zeichnet, die unmöglich existieren können.

Vielleicht kann eine solche Maschine nur funktionieren, wenn sie mit gutem Gewissen und skrupellos eingesetzt wird - zum Wohl der Besitzer von Aktien, Immobilien und Kunstgegenständen<sup>22</sup> und zum Nachteil der Armen, die auf günstige Nahrungsmittel und billige Brennstoffe angewiesen sind.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Tony Crescenzi, Beyond the Keynesian Endpoint. 2012

<sup>22</sup> The Fed's Asset Inflation Machine,

<http://online.wsj.com/article/SB10001424127887324445904578286252393164598.html>

<sup>23</sup> <http://inflationdata.com/articles/2013/03/21/food-price-inflation-1913/>

Die europäische Schuldenmaschine scheint ein mittelalterliches Folterwerkzeug zu sein, die das Schlimmste zweier Welten vereint: die Grausamkeit eines unablässigen Inflationmotors und die Strenge eines Goldstandards.

Sie eine Mischung aus Streckbank und Schraubstock, die die Volkswirtschaften auf planwirtschaftlich vorgegebene Zielwerte streckt und staucht. Eher als eine Währung ist der Euro eine Maschine zur Herstellung von wirtschaftlichem und finanziellem Kadavergehorsam. Und sie scheint das genaue Gegenteil dessen zu bewirken, was als das offizielle Ziel ausgegeben wird: Sie lähmt die Produktivkräfte statt sie frei zu setzen.

Man kann es auch als eine Art Haftanstalt ansehen wie er britische Euroskeptiker Nigel Farage, ein begnadeter Redner, der im EU-Parlament gegen vier Fünftel des Hauses anredet: "Mit dem Euro haben sie die Völker in ein Wirtschaftsgefängnis gelockt (...) Sie halten die Nationen in einem Völkerkerker gefangen, aus dem zu entkommen viel Mut erfordern wird."

Das ist ein Signalwort. Vor 150 Jahren ist die österreichische Doppelmonarchie so bezeichnet worden und etliche ihrer Feinde, die davor im Vielvölkerparlament in Wien gesessen waren, wurden nach 1918 die "Patres familiae" ihrer Nationalstaaten.

Heute sind die Oberhäupter der eingesperrten Familien eher mit Gefängniswärtern zu vergleichen, die hastig die noch nicht ganz verriegelten Türen zusperren und die Schlüssel durch die Gitterstäbe auf die Straße werfen. Welche politischen Folgen dieses Handeln haben kann, scheint ihnen egal zu sein.

Ein Kommentator in der New York Times beschreibt diese .im Sommer 2013 folgendermaßen:

Obwohl das erklärte historische Ziel der europäischen Einigung der Friede zwischen den Völkern sei, "unterwirft Europa (...) seine schwächeren Mitgliedsstaaten einem außerordentlichen Belastungstest und führt ein perverses Experiment an ihnen durch. In diesem Experiment soll herausgefunden werden, wie viel Stress liberale Normen ertragen können."<sup>24</sup>

"Um den Extremisten auf der Rechten und der Linken die Reißzähne zu ziehen, müsste der Euro sofort abgeschafft werden und jedes Land müsste die Kontrolle über seine fiskalische und monetäre Politik wiedererlangen (...) Im Moment sind aber die einzigen Leute, die sich dafür einsetzen, die Links- und Rechtsextremisten selbst!"

Schlussfolgerung: "Um das zu ändern, müssten die kontinentalen politischen Eliten anerkennen, dass es in Wirklichkeit ihr geliebtes Integrationsprojekt sein könnte, das den langen demokratischen Frieden Europas bedroht."

### **Gosplan, Remix**

*"Wenn Sie ein Rührei haben, dann kriegen Sie die Eier, aus denen Sie sie gemacht haben, nicht mehr zurück, da können Sie machen, was Sie wollen." Daniel Cohn-Bendit, frei nach Winston Churchill*

Der russische Dissident Wladimir Bukowski, den die Sowjets 12 Jahre lang eingesperrt hatten, sieht in der EU eine neue Sowjetunion heranreifen. Das europäische Parlament ähnelt für

---

<sup>24</sup> [http://www.nytimes.com/2013/06/02/opinion/sunday/douthat-prisoners-of-the-euro.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/06/02/opinion/sunday/douthat-prisoners-of-the-euro.html?_r=0)

ihn dem Obersten Sowjet „und wenn wir uns die Europäische Kommission ansehen, dann sieht diese so aus wie das Politbüro.(...) Wenn sie einen Blick auf die bizarren Aktivitäten der EU mit ihren 80.000 Seiten an Regulierungen werfen, dann denken sie an den Gosplan, die sowjetische Planungsbehörde.“

Wer sich an das seit 2009 schrittweise durchgesetzte Glühbirnenverbot und die Designvorschriften für WC-Spülkästen erinnert, ist geneigt, Bukowski zuzustimmen. Seine Analogie kann Augen öffnen.

Doch ein Vergleich mit einer 1921 entstandenen Behörde ist auch dazu geeignet, die offenen Augen gleich wieder vom Wesentlichen abzulenken - indem es die Zukunft in der EU ähnlich aussehen lässt, wie die Vergangenheit zur Zeit Stalins oder Joseph II. Sie sieht aus wie der Albtraum, den George Orwell in „1984“ zeichnet.

Nicht, dass Orwell so falsch gelegen wäre - im Gegenteil: Der „oligarchische Kollektivismus“ und die Überwachungsmanie des Zukunftstaats, sein „Neusprech“ und seine Gedankenpolizei wirken, als habe er die Gabe besessen, in die Zukunft zu blicken.

Doch Orwell hatte nicht vorausgesehen, dass sich diese Entwicklungen in einem nicht-stalinistischen, scheindemokratischen Parteienstaat ergeben würden.

Ähnlich ist es mit Bukowskis Gosplan-Vergleich. Er ist zutreffend, aber er führt auch in die Irre. Letzteres, weil die EU wohl keine Mikro-Planung der Güterproduktion fünf Jahre im Vorhinein betreiben wird. Aber die Union greift auf anderer Ebene immer massiver zur Planwirtschaft.

Sie will das über die Festsetzung volkswirtschaftlicher Kenngrößen tun; beginnend beim Preis des Kapitals - dem Zins -, über die Einkommen Unselbstständiger bis hin zu Ein- und Ausfuhren und anderen Bestandteilen der Zahlungsbilanz.

Es ist eine neue Form von Plan, die da im Entstehen ist: „wissenschaftlich“, staatskapitalistisch, gleichgewichtsorientiert. Wer in der EU hinter seinem Soll zurückbleibt, braucht sich zwar nicht vor Sibirien zu fürchten, aber um seinen Job und seine Ressourcen. Ihm werden in Zukunft weniger Ressourcen zugewiesen: Weniger Gehalt, weniger Investitionen, weniger Brennstoffe, weniger Verschmutzungsrechte.

Auch Übererfüller werden nicht so gern gesehen, weil sie als eine Quelle von Instabilität und politischen Problemen sind. Wie die Minderleister wird man sie zwar nicht richtig bestrafen, aber darauf achten, dass sie aus ihrem „asozialen“ Verhalten keinen Vorteil ziehen können.

Zum Beispiel, indem der überschüssige Output besteuert oder sogar der künftige Input gekürzt wird - schließlich haben die Regelverletzer bewiesen, dass sie mit weniger das Auslangen finden können. Auf diese Weise lassen sich Querulanten ruhigstellen, die sich in einem Atemzug beklagen, dass sie andere subventionieren müssen und die im nächsten so viel so billig produzieren, dass sie damit die anderen quasi unter Druck setzen. Deutschland und die Niederlande sind solche Fälle.<sup>25</sup>

Seit dem Beginn der Eurokrise wird die neue europäische Planwirtschaft forciert eingeführt, von im Gleichschritt marschierenden sozial- und christdemokratischen Regierungen. Alle paar

---

<sup>25</sup> "In an ironic twist of euro-crisis history, Germany comes under scrutiny for "excessive imbalances", [http://www.ekathimerini.com/4dcgi/\\_w\\_articles\\_wsite2\\_1\\_12/11/2013\\_527371](http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_wsite2_1_12/11/2013_527371)

Monate werden sie neue Vereinbarungen über ihre Völker - wie Tierfänger, die mit Netzen Jagd auf wild lebende Bestien machen. Stillschweigend wird dies mit dem Unvermögen ihrer Vor- und Vorgänger begründet, z.B. selbst gesteckte Finanzziele zu erreichen und abgegebene Reformversprechen einzuhalten.

Das prominenteste Einzelthema ist das Staatsbudget. Die EU-Staaten setzen auch heute den vor 21 Jahren in Maastricht begonnenen Versuch fort, die Staatsbudgets in den Griff zu bekommen. Zumindest tun sie, als ob sie das wollten.

Zu diesem Zweck haben sie einen **Fiskalpakt** unterzeichnet und, damit verbunden, eine **Schuldenbremse** eingeführt. Letztere legt fest, dass das sogenannte strukturelle Staatsdefizit<sup>26</sup> nicht mehr übersteigen darf. Dieser Begriff ist eine wahre Meisterleistung in einer Propagandatechnik, die "Framing"<sup>27</sup> genannt wird. Dabei geht es darum, eine passende "Umrahmung" für Botschaften zu finden, denen man einen bestimmten Drall geben möchte, Im konkreten Fall erfolgt die "Umrahmung" durch das Herausrechnen großer Budgetblöcke. Das ist beim bis dahin verwendeten Maastrichtdefizit nur schwer möglich und kann im Extremfall von Eurostat beeinsprucht werden. Das "strukturelle Defizit" stellt dagegen sicher, dass ab 2017 die Erfüllung der Defizitkriterien stärker denn je eine Definitionsfrage sein wird.<sup>28</sup> Weil der Pakt nicht Teil der Europäischen Verträge ist (und in einigen Ländern auch nicht im Verfassungsrang steht), lässt sich der Inhalt vergleichsweise leicht abändern.

Wer Staatsschulden von mehr als 60 Prozent des BIP hat, muss den über diese Grenze hinausgehenden Teil um jährlich ein Zwanzigstel reduzieren - was für die hoch verschuldeten Länder eine nicht erreichbare Fantasievorgabe darstellt. Speziell ohne echtes Wachstum ist sie völlig unmöglich zu erfüllen.

Zum Beispiel Italien: Unter der (wenig realistischen) Annahme, dass die Italiener bis dahin ihren heutigen Verschuldungsgrad (und die Budgetsituation) stabil halten können, müssten sie ab 2017 jedes Jahr 3,5 Prozentpunkte ihrer Staatsschuld abtragen. Das mag unter günstigen Umständen ein oder zwei Mal gelingen - solange es noch Staatsbesitz zu verkaufen gibt und die erzielten Erlöse hoch sind - öfter aber kaum. Die Schulden-Klausel ist in ihrer Bestimmtheit das Gegenteil der windelweichen Definition des Defizits und geradezu darauf angelegt, einen Frontalzusammenstoß mit der Wirklichkeit zu produzieren.<sup>29</sup>

Die Umsetzung der „Empfehlungen“ der Kommission wird für Staaten mit einem Defizitverfahren verbindlich. Hilfe vom Eurorettungsschirm soll nur erhalten, wer den Fiskalpakt ratifiziert und die Schuldenbremse installiert hat.

Vor allem der Kommission werden beim Budgetdefizit große Kompetenzen und weite Ermessensspielräume eingeräumt, Budgetverfehlungen offiziell festzustellen und Vorschriften über Art und Tempo der Haushaltspolitik zu erlassen. Die Kommission darf dabei fast alles und muss nichts. Willkürlichem Agieren ist Tür und Tor geöffnet. Erfüllt die Regierung die "Empfehlungen" der Kommission nicht, kann ein Bußgeld verhängt werden, das im Fall Österreichs bis zu 300 Millionen Euro ausmachen würde. Diese Geldstrafe müsste an den Euro-Rettungsschirm überwiesen werden.

---

<sup>26</sup> Ohne Berücksichtigung "einmaliger und befristeter" Ausgaben und Kosten aus Konjunkturkrisen

<sup>27</sup> <http://www.affiliando.de/service/lexikon/framing>

<sup>28</sup> Wenn zum Beispiel die im Voranschlag frei ansetzbaren Steuererlöse unterschritten werden, lässt sich das als Folge der schlechten Konjunktur darstellen.

<sup>29</sup> Ähnlich dem "Lissabon-Ziel" des Jahres 2000.

Der Pakt ist zusammen mit eben diesem ESM beschlossen worden. Bei diesem hängt das parlamentarische Budgetrecht am seidenen Faden zweier Unterausschüsse, von denen der eine nicht öffentlich tagt. Weil der ESM bereits eingerichtet ist und er formell außerhalb des EU-Rechtsrahmens steht, wird eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit in absehbarer Zeit auch nicht mehr benötigt. Jedenfalls so lange nicht, als keine grundlegende Änderung des ESM-Vertrags ansteht, die Eingriffe in die EU-Verträge erforderlich machen würde.

Neue Hilfen, Vertragsänderungen oder Kapitalabrufe können „koalitionär“, also mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Für größere Umbauarbeiten stehen Grüne und bereit, mit ihren Mandaten auszuhelfen.

Jene Mitgliedsstaaten, die am Tropf hängen, haben ihre Souveränität für diese Zeit völlig abgegeben. Sie mussten und müssen Eingriffe in Staatshaushalt und/ Tarifverhandlungen hinnehmen. Sie sind Gefangene der im „imperialen Zentrum“ angesiedelten ESM-Bürokratie. Indem sie sich diesem an anderer Stelle gefällig erweisen, können sie sich die Gefangenschaft angenehmer gestalten.

Bisher sind nur kleinere Staaten unter die Rettungsschirme geflüchtet und das ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass der ESM zu wenig „Feuerkraft“ für große hätte. Das liegt wohl vor allem daran, dass die Regeln der Rechnungslegung nicht durchgesetzt werden und die ESM-Regeln geändert werden, sobald große Staaten in die Nähe des Rettungsschirms geraten - etwa beim Bailout der spanischen Banken im Juni 2012, als den stolzen Kastilianern ermöglicht wurde, worauf die anderen bis zur Einrichtung eines EU-weiten Abwicklungsmechanismus zu warten hatten: die Möglichkeit, die Banken direkt an die Infusionsnadel des ESM zu hängen.

Es gibt in Sachen Ungleichbehandlung übrigens ein Gegenstück auf der „anderen“ Seite der Schuldenmaschine, jener der Gläubiger: Kleinere Garantie-Nationen wie Österreich werden schon in der Satzung des ESM diskriminiert und können damit zu Leistungen herangezogen werden, die andere über ihre Köpfe hinweg beschlossen haben.

In einem regulären Entscheidungsverfahren hat jede Nation noch die - theoretische - Möglichkeit, über den von ihr entsandten Gouverneur ein Veto einzulegen. Wird erklärt, dass „Gefahr im Verzug“ ist, gibt's für Kleine aber kein Veto mehr. Mit einer qualifizierten Mehrheit von 85 Prozent der Stimmrechte kann auch gegen die Vertreter von Kleinstaaten entschieden werden. In einem solchen Verfahren könnte beispielsweise eine Gruppe überstimmt werden, die aus Finnland, Estland, Irland, der Slowakei, Slowenien, Österreich, den Niederlanden und Luxemburg besteht.<sup>30</sup>

Ob ein solches Eilverfahren jemals notwendig wird, ist freilich offen, denn die Entscheidungspraxis zielt wie im Ministerrat auf Einstimmigkeit ab.<sup>31</sup> Das heißt faktisch, dass sich die Kleinstaaten dem Willen der Großen beugen. Aus österreichischer Sicht darf man sich die Frage vorlegen, wem im Ernstfall die Loyalität des aus Österreich kommenden Gouverneurs gelten würde - den europäischen „Finanzministerkollegen“ oder dem eigenen Parlament.

Die Behauptung, dass der Rettungsschirm für die europäische Währung da ist, ist jedenfalls offenkundig falsch, wie ein Vergleichsblick auf die Vereinigten Staaten erkennen lässt: Die USA sind ein voll integrierter, fiskalisch verklammerter Bundesstaat mit einer (noch) „funktionierenden“ Währung. Aber weder Washington noch ein zentraler Rettungsfonds müssen

---

<sup>30</sup> Willkürliches Beispiel

<sup>31</sup> Siehe dazu: Tim Veen, *The Political Economy of Collective Decision Making*, 2011

sich in die Bresche werfen, wenn ein amerikanischer Bundesstaat in Schwierigkeiten gerät. Noch würde die Währungszone daran zerbrechen.

Selbst wenn z.B. Kalifornien zahlungsunfähig würde, müsste es nicht den Dollar aufgeben. Noch würde ein solcher Fall per se das Ende der amerikanischen Währung bedeuten. Der Dollar ist zwar todkrank, aber nicht wegen der Finanzprobleme einzelner Bundesstaaten.<sup>32</sup>

Der ESM muss in Wahrheit etwas anderes retten: überschuldete europäische Staaten, denen ohne Zwang sonst niemand Geld borgen würde - jedenfalls nicht zu einigermaßen akzeptablen Konditionen.

Der ESM muss zweitens die europäischen Banken retten, die nur halb so viel Eigenkapital vorhalten wie ihre amerikanischen Kollegen. Dafür sind die europäischen Institute im Verhältnis zur Volkswirtschaft drei Mal so groß, weil sie sich Oberkante Unterlippe mit Anleihen ihrer Heimatstaaten vollgestopft haben (vollstopfen mussten). Die Verbindlichkeiten der größten US-Bank, JP Morgan, belaufen sich auf 13 Prozent des US-BIP, aber in der Eurozone gibt es 20 Banken, deren Verbindlichkeiten mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ihres Heimatlandes ausmachen. Allein die französischen Banken haben - relativ gesehen - genauso viele Schulden wie alle US-Banken zusammengenommen.<sup>33</sup>

Um die sogenannte Risikogewichtung bereinigt, beläuft sich das Stammkapital der europäischen Banken derzeit auf 3,5, jenes der asiatischen auf 5,8 und das der amerikanischen Banken auf 5,9 Prozent der Aktiva.<sup>34</sup> Gegen solche Fehlentwicklungen helfen weder eine gemeinsame Bankenaufsicht oder ein Abwicklungsmechanismus, noch eine "unbeschränkte Feuerkraft", die irgendwelchen Rettungsvehikeln zugestanden wird - zu Lasten der europäischen Steuerbürger.

Der sogenannte **Sixpack** hat weder etwas mit Bier noch mit Bauchmuskeln zu tun. Er steht für sechs EU-Gesetze die im Dezember 2011 verabschiedet worden sind.

Vier davon betreffen das Budget, insbesondere das Verfahren wegen übermäßigen Defizits. Zwei andere sollen „übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte“ verhindern - also beispielsweise in der Leistungsbilanz oder bei Kreditblasen in der Immobilienwirtschaft. Die „Macroeconomic Imbalance Procedure“ (MIP) ist ein planwirtschaftliches Instrument, das unweigerlich zu Eingriffen in die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern, zu Preiskontrollen (auch bei kommerziell genutzten Immobilien) und zu Planvorgaben für den Außenhandel führt.

In dieselbe Richtung zielt der **Europlus-Pakt** vom März 2011, mit dem die Regierungen die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und eine größere Konvergenz der Realwirtschaften erreichen wollen - eine alte Zielvorstellung der EG, die aber nur in Ausnahmefällen erreicht werden konnte. Noch ist die europaweite Koordination beispielsweise der Lohnverhandlungen freiwillig. Sie soll in den nächsten Jahren aber verbindlich werden.

---

<sup>32</sup> Zum Thema Non Bailout in den USA siehe z.B. Thilo Sarrazin, Europa braucht den Euro nicht, "Schuldenbremsen und Sanktionsregime" und C. Randall Henning, California's Lesson for the Euro, Prospect 06/2012

<sup>33</sup>

<http://www.mybudget360.com/contagion-european-union-banking-debt-20-european-banks-liability-gdp-euro-fdic>

<sup>34</sup>

<http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/uebersicht/die-kapitalquoten-der-banken-muessen-transparenter-werden-1.17230049#>

Die vorläufig letzte Waffe gegen eventuell noch herumstreunende Reste nationaler Selbstständigkeit nennt sich **Bankenunion**. Das ist ein Sammelbegriff, unter dem alles Mögliche verstanden wird: eine gemeinsame Finanzaufsicht für die europäischen Banken (die 130 größten werden von der EZB kontrolliert), eine gemeinsame Einlagensicherung, ein Abwicklungsmechanismus für bankrotte Institute sowie die Erlaubnis, diese künftig direkt aus dem ESM aufpäppeln zu dürfen – zumindest in den kommenden 13 Jahren. Voraussetzung dafür ist, das Kapital der Kreditgeber und Einleger reicht nicht aus („Bail in“) und die lokale Regierung kann die nötigen Mittel nicht aufbringen.

Gegen diese Bankenunion haben Mitte 2012 172 deutsche Ökonomen in einem öffentlichen Brief protestiert und erklärt, dass damit "Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder" für die Absicherung der 9.000 Milliarden Euro Bankschulden in fünf Krisenländern herangezogen würden, "zumal riesige Verluste aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsblasen der südlichen Länder absehbar sind".<sup>35</sup>

Es nutzte nichts. Die deutsche Regierung ließ sich zum Schein von den Argumenten beeindrucken und trat aus Rücksicht auf die Wahlen im Oktober 2013 auf die Bremse. Das war nicht mehr als ein taktisches Täuschungsmanöver des eigenen Parlaments und der eigenen Öffentlichkeit. Am 19. Dezember 2013 beschloss die Finanzminister dann "den letzten rechtlichen Pfeiler" dieses Konstrukts. Versprochen wird das "Schließen von Krisenbanken ohne Last für Steuerzahler". Natürlich nur "wenn das geht".

Damit hat es aber noch kein Bewenden. Die nächste Forderung der Zentralisierungssekte liegt bereits auf dem Tisch. Sie lautet: Um eine Bankenunion möglich zu machen, braucht der künftige Abwicklungsmechanismus eigenes Geld und soll daher die Untertanen direkt besteuern dürfen.

Wieder scheint die Logik bestechend und über jeden Zweifel erhaben. Die Vorschlagzeile für dieses Vorhaben lautet: „Eine Bankenunion ist ohne eine Fiskalunion nicht möglich. Um die Verbindung von den Staaten zu einem europäischen Abwicklungsmechanismus zu kappen, ist eine europäische Institution mit Besteuerungskompetenz nötig.“

Das ist im Wesentlichen der gleiche Trick wie vor 20 Jahren, als Delors behauptete, der Binnenmarkt benötige, um seine ganze Kraft entfalten zu können, eine gemeinsame Währung - was ein bloßer Vorwand war, wie heute niemand mehr in Abrede stellt.

Die wichtigste planwirtschaftliche Behörde der Zone ist zugleich ihre älteste - die EZB. Diese legt die Zinsen fest und bestimmt damit den „Preis des Kapitals“. Dabei geht es nicht nur um die kurzfristigen Zinsen. Sie greift mit der Öffentlichkeit großteils unbekanntem Instrumenten in den Markt ein und bedient sich dabei der Manipulation der eigenen und fremder Währungen (Euro, Schweizer Franken, Gold) sowie der Beeinflussung von Staatsanleihen.

Die EZB darf das natürlich keineswegs und tut diese Dinge vorgeblich auch nicht. Was die Ankäufe von Anleihen betrifft, beschränkt sich derzeit angeblich nur auf das Ankündigen („Outright Monetary Transactions“). Stimmt das, ist die einzige unter den vier großen „westlichen“ Zentralbanken, die selbst keine Staatsanleihen kauft (sie nimmt sie wohl nur in Dauerleihe).

---

35

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/protestaufruf-der-wirtschaftsprofessoren-wir-sehen-die-bankenunion-mit-grosser-sorge-11810620.html>

Die der EZB zur Verfügung stehenden Mittel gehen jedenfalls weit über die in den Lehrbüchern erwähnten Instrumente hinaus.

Ihre größten „Stärken“ liegen in ihrem Recht auf weitgehende Geheimhaltung und der daraus resultierenden Ahnungslosigkeit selbst der fachkundigen Öffentlichkeit **sowie im praktisch völligen Mangel an Aufsicht, Transparenz und demokratischer Kontrolle.**

Im Gegensatz zu den USA, wo es eine beachtliche „Fed-kritische“ Bewegung gibt, existiert unter den kontinentaleuropäischen Politikern keinerlei „Problembewusstsein“ in Sachen EZB. Sie wird wie ein gutmütiger Riese betrachtet.

Diese Blauäugigkeit ist erstaunlich, denn die „Kreatur von Basel“ verfügt über eine enorme Machtfülle, wie jeder Finanzpolitiker wissen muss. Sie kann nicht nur nach Belieben neues Geld „drucken“. Sie hat über die Währungsreserven des ESZB auch direkten Zugriff auf das darin angehäufte Volksvermögen der „Unionsbürger“ und sie kann über die Kommerzbanken auch die private Geldschöpfung (Kreditschöpfung) steuern.

Diese Bank ist das mächtigste Wesen zwischen Spitzbergen und Zypern und sie könnte in weiß Gott welche politischen und „parapolitischen“ Machenschaften verwickelt sein ohne dass dies jemandem auffallen würde.

Ein in England lehrender Bankwissenschaftler namens Richard Werner hat in den 1990ern studiert, welchen Anteil die Bank of Japan an der Entstehung und dem Platzen der japanischen Kreditblase hatte. Er hat ein extrem dicht recherchiertes Buch darüber geschrieben. Werner hat über dieser Arbeit jede Illusion verloren, Notenbanken seien irgendwie politisch enthalten.

Zentralbanken sind, sagt er, politische Akteure, die auch solche Ziele verfolgten. Die EZB gehe dabei ebenso „rabiāt“ vor wie die meisten anderen Zentralbanken, sagt er. Sie habe eine ähnliche Agenda wie die anderen EU-Machtcliquen auch - die Einführung der Vereinigten Staaten von Europa.

Laut Werner gibt es ein der Öffentlichkeit wenig bekanntes Instrument, mit dem die EZB Umfang und Richtung der Bankkreditvergabe in einzelnen Euroländern lenken kann.

Mit diesem Werkzeug habe sie die (zusätzliche) Kreditvergabe der kommerziellen Banken in den nachmaligen Krisenländern massiv ausweiten können - bis auf das 20-Fache der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate. „Sie hat die massive Kreditblase in der europäischen Peripherie - einen Ring aus Feuer - angefacht und dadurch 'heimliche Regionalpolitik' betrieben.“ Mit dem gleichen Instrument habe man die Kreditvergabe in Deutschland abgewürgt.<sup>36</sup>

Ohne dies ausdrücklich auszusprechen, verdächtigt Werner die EZB, die Kreditkrise in der Eurozone mit verursacht zu haben, um den gewählten Politikern einen Vorwand zum Handeln zu geben. In einem auf Youtube abrufbaren Vortrag sagt Werner: „Ich erinnere mich, wie ein Mitautor des Maastrichtvertrags mir einmal gesagt hat: 'Wir wussten damals schon, wir brauchen eine große Krise, sonst kriegen wir das europäische Finanzministerium und die Vereinigten Staaten von Europa nicht.'“<sup>37</sup>

Diese Position ist übrigens nicht mehr allzu weit von den Ansichten Hans-Werner Sinns

---

<sup>36</sup> <http://billtotten.blogspot.co.at/2010/05/ecb-must-share-blame-for-greeces.html>

<sup>37</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=cWfMINCVuKM>

entfernt, der eine wesentlich traditionellere Linie vertritt. Aber auch Sinn unterstellt der EZB, sie verfolge heimlich eine eigene Regionalpolitik - dies allerdings mit Mitteln, die ihr das sogenannte Target2-System in die Hand gibt.

Die EZB habe durch ihren versteckten Bailout Südeuropas über Target die Politiker so unter Zugzwang gebracht, dass diese keine andere Wahl gehabt hätten, als die irrsinnige „Rettungspolitik“ über den ESM zu etablieren. Würde nicht immer wieder Geld nachgeschossen, würde man der EZB die „Anschlussfinanzierung verweigern“ - was Zentralbank und Währung in extreme Gefahr brächte.<sup>38</sup>

---

38

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/gastbeitrag-hans-werner-sinn-wen-schuetzt-der-rettungsschirm-der-ezb-12652994.html>